



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 0 6 - 0 0 0 4
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Neuausrichtung städtische Altenpflege;
Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Stvv Nr. 0208 vom 14.07.2016

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

gez. Imholz
Stadtkämmerer

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 08.02.2017

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

gez. Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage 16-V-06-0006 zu Beschlussziffer 2 (StVV 0208 vom 14.07.2016).

Anlage: Machbarkeitsstudie Loewer und Partner

C Beschlussvorschlag:

1. Die Machbarkeitsstudie der Architekten Loewer + Partner zur Sanierung des Moritz-Lang-Hauses (MLH) wird zur Kenntnis genommen (Anlage). Sie belegt die Möglichkeit der Sanierung und Optimierung des Dotzheimer Pflegeheimes der AltenHilfe Wiesbaden GmbH (AHW) im Bestand.
2. Die AHW wird auf Grundlage dieser Studie beauftragt, mittels Vergabe an einen Generalplaner eine Entwurfsplanung herbeizuführen. Dabei sollen insbesondere die Aspekte einer nachhaltigen Wirtschaftlichkeit planerisch berücksichtigt werden:
 - 2.1 Die jeweils geltenden Grundlagen zur Bemessung gesondert berechenbarer Investitionsaufwendungen nach §§ 75 SGB XII i. V. m § 82 SGB XI sind neben einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen.
 - 2.2. Neben einem bedarfsgerechten Angebot an stationären Pflegeplätzen sind weitere wirtschaftlich vorteilhafte seniorengerechte Nutzungen des Hauses zu prüfen
3. Die AltenHilfe Wiesbaden GmbH erhält zur Umsetzung der zu Beschlussziffer 2 bis 2.2 genannten Aufträge Liquidität i. H. v. rd. 500 T€ Dez. VI/20 wird ermächtigt, im Geschäftsjahr 2017 Kassenkredite im entsprechenden Umfang zu marktüblichen Konditionen zur Verfügung zu stellen.
4. Das Ergebnis der Entwurfsplanung ist den Gremien Anfang des Geschäftsjahres 2018 vorzulegen.
5. Dez. VI/AHW wird beauftragt, alle absehbaren Kosten, welche nicht gemäß Beschlussziffer 2.1 über den Investitionskostensatz abgerechnet werden können, im Haushalt 2018/2019 zu veranschlagen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Machbarkeitsstudie zur Sanierung des MLH wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss 0208 vom 14.07.2016 zur Kenntnis genommen.

Zur Bewertung des Gutachtens und daraus abzuleitender Handlungsoptionen fand auf Einladung des Dezernates VI ein Konsultationstermin mit den im Rathaus vertretenen Fraktionen statt. Dieser Termin ergab ebenso wenig eine klare Tendenz wie weitere Nachfragen bei den Fraktionen.

Zur Option der Sanierung gemäß Machbarkeitsstudie wurde angemerkt, dass die darin genannten Zahlen nicht ausreichend belastbar seien, um als Entscheidungsgrundlage dienen zu können. Neben dem Aspekt eines bedarfsgerechten Angebotes wurde auch die Frage der Wirtschaftlichkeit der Sanierung angesprochen.

Aus den Fraktionen wurde zudem angeregt, ergänzende seniorengerechte Teilnutzungen des MLH zu prüfen, die zu einer besseren Wirtschaftlichkeit beitragen können.

Das MLH wies in 2016 trotz der öffentlichen Diskussion über die Zukunft des Gebäudes eine durchschnittliche Auslastungsquote von gut 95 Prozent auf. Dies entspricht nahezu einer Vollbelegung - mit der Folge, dass nicht alle Anfragen aufgrund der Doppelzimmerproblematik berücksichtigt werden konnten. Nach Einschätzung der Geschäftsführung gibt es grundsätzlich keine Anzeichen dafür, dass sich diese Entwicklung (unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen der Belegungszahlen, der Doppelzimmerproblematik und der mangelnden Attraktivität im Kontext der Sanierungsbedürftigkeit) umkehren könnte.

Mit der vorgeschlagenen Beschlussfassung soll eine detailliertere Planung der Sanierung beauftragt werden, um so eine belastbare Informationsgrundlage für die endgültige Entscheidung der Gremien zu schaffen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, den 08. Februar 2017

gez.

Imholz
Stadtkämmerer